

## **Antrag**

**der Abgeordneten Sandro Kappe, Ralf Niedmers, Dennis Thering,  
Eckard Graage, Thilo Kleibauer (CDU) und Fraktion**

### **Betr.: Vermeidung von Speiseabfällen – Foodwasting stoppen**

Rund 12 Millionen Tonnen Lebensmittel landen in Deutschland jedes Jahr entlang der Lebensmittelversorgungskette im Abfall. Ganz gleich, ob bei der Erzeugung und Verarbeitung, bei Großverbrauchern, im Handel oder in Privathaushalten – diese Verschwendung stellt nicht nur ein ethisches, sondern auch ein ökologisches und ökonomisches Problem dar. Sowohl für die Erzeugung als auch für die Vernichtung von Waren werden Rohstoffe, Energie und Wasser benötigt.

Mit jedem Lebensmittel, welches im Müll landet, werden auch wertvolle Ressourcen verschwendet. Dabei wäre das Gros der Lebensmittelabfälle vermeidbar. Daher haben die Vereinten Nationen das Ziel formuliert, die Lebensmittelverschwendung bis zum Jahr 2030 zu halbieren. Dem Ziel hat sich auch Deutschland verpflichtet: Im Februar 2019 hat das Bundeskabinett die *Nationale Strategie zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung* verabschiedet.

Ansätze, um das besagte Ziel zu erreichen, gibt es zuhauf. In Berlin gibt es beispielsweise einige Initiativen, welche eine Smartphone-App bereitstellen, über die Restaurants zu vergünstigten Preisen kurz vor Ladenschluss Essen anbieten können. Die Idee ist, die in der Gastronomie anfallenden Lebensmittelabfälle zu reduzieren. Andere Initiativen bringen überschüssige Lebensmittel zurück in den Kreislauf, welche die Tafeln nicht abholen, die aber immer noch genießbar sind. Wieder andere versuchen, neue Vertriebskanäle für aussortiertes Obst und Gemüse zu etablieren, das den optischen Ansprüchen der Supermärkte nicht gerecht wird und deshalb andernfalls aussortiert und entsorgt werden würde. An privaten Initiativen zur Reduzierung von Lebensmittelverschwendungen mangelt es nicht. Wir sehen den Senat dabei in der Pflicht, vielversprechende Ansätze zu unterstützen und zu fördern.

### **Die Bürgerschaft möge daher beschließen:**

#### **Der Senat wird ersucht,**

1. zu prüfen, welche Initiativen zur Vermeidung von Lebensmittelabfällen in Hamburg bestehen und wie diese unterstützt werden können;
2. zu ermitteln, wie viele Lebensmittelabfälle in Hamburg jedes Jahr anfallen;
3. der Bürgerschaft bis zum 31. Dezember 2022 entsprechend zu berichten.